

Der permanente globale Krieg für freien Handel – oder der bewaffnete Fortschritt

Einleitung

Inzwischen besteht kein Zweifel mehr: Das diplomatische Gezerre um die vorgebliche Entwaffnung des irakischen Regimes war nicht mehr als eine Theateraufführung für die gebannte Weltöffentlichkeit. Das vorgebliche militärische Bedrohungspotenzial des Iraks bot den Vorwand für die Inszenierung der militärischen Intervention.

Schon in der langen Aufmarschphase des us-amerikanischen Gewaltapparats am Golf wunderten sich weltweit kritische Kommentatoren über die rasch wechselnden Kriegs begründungen. Heute lässt sich sagen: Die öffentlich vorgetragenen Argumente für einen Krieg dienten allein der Kriegsrechtfertigung, also der Täuschung der Öffentlichkeit.

Es blieb in Deutschland vor allem einer kleinen Schar linksintellektueller Publizisten vorbehalten, den Krieg zu befürworteten und aus den wechselnden Kriegs begründungen auf den militärisch herbeigeführten „Regimewechsel“ zu setzen. Sie propagierten diesen „Regimewechsel“ mit Vehemenz. Mit der Irakinvasion sahen sie die historische Chance verbunden, nicht nur die irakische Gesellschaft, sondern die gesamte aus dem Blickwinkel kapitalistischer Modernisierung zurückgebliebene und als „Krisenbogen“ gekennzeichnete Region des „Greater Middle East“ umzuwälzen. In diesen militärisch geöffneten Raum sollten „Freiheit, Demokratie und Fortschritt“ hineingetragen werden. Lassen wir es bei der neoliberalen Rhetorik.

Die deutschen Kriegsbefürworter schlossen sich damit dem radikalen Vokabular aus den zentralen und auf die US-Administration politisch einflussreichen Think-Tanks an wie beispielsweise dem American Enterprise Institute for Public Policy Research oder dem Council on Foreign Relations. Diese „Denkfabriken“ hatten sich intensiv mit den Kriegsstrategien und den Nachkriegsplanungen beschäftigt.

Schon Monate vor der US-Invasion (zum Teil seit Anfang der 90er Jahre) wurden in den verschiedenen Forschungseinrichtungen („Denkfabriken“), im Pentagon aber auch im state department Strategien entworfen, um das entwicklungs diktatorische Baath-Regime zu stürzen und die Entwicklungsblockierungen des gesamten Krisengürtels aufzusprengen. Zugleich wurde die „demokratische“ Neuordnung der Region ins Zentrum strategischer Überlegungen gerückt. Wir haben in der Redaktion der Materialien die Nachkriegsplanungen für den Irak als Momentaufnahme dieser strategischen Überlegungen und Entwürfe, die dem Krieg zugrunde lagen, recherchiert und analysiert. Diese „Nachkriegsplanungen“ müssen im Kontext der kapitalistischen Verwertungskrise verortet werden.

Es ging und geht uns um einen tragfähigen Erklärungsansatz des Krieges und um Perspektiven sozialer Gegenmacht. Ich kann nur ein paar Grundzüge unserer Überlegungen und Hypothesen darlegen. Es bleibt jedoch festzuhalten: Die Analysen, Strategiepapiere, Planungsvorschläge und Überlegungen aus der us-amerikanischen „strategic community“ (Strategische Forschungsgemeinde) sind nicht einheitlich, diese konkurrieren zum Teil miteinander oder akzentuieren unterschiedliche Ansätze (z.B.

AEI und CFR). Insgesamt reflektieren diese Arbeiten einen intellektuellen dynamischen Auseinandersetzungsprozess mit den weltweiten Krisenerscheinungen dessen, was als neoliberale Globalisierung bezeichnet wird. Diese Strategiepapiere und Planungen lediglich als militärgestützte realitätsblinde Machtphantasien abzutun oder als „political engineering“ zu deklassifizieren, verkennt ihren nachhaltigen Einfluss auf die Richtlinien und Entscheidungen der us-amerikanischen Politik. Ich will einige politische Kern dieser Strategiedebatten darstellen?

I. Die blockierte Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens und die „gefährlichen arabischen Massen“

Ich kann mich an dieser Stelle nicht mit den verschiedenen Ansätzen auseinandersetzen, welche die Irakintervention überwiegend in die Logik der globalen US-Ölstrategie verorten (z.B. Jürgen Wagner, Michael T. Klare u.a.). Selbstredend geht es auch um Öl. Ich halte jedoch nichts davon, die US-Ölstrategie als den eigentlichen Motor des Krieges zu identifizieren. Bedeutsam scheint mir in diesem Zusammenhang zurecht die indirekte strategische US-Kontrolle über die Erdölreserven (im Kontext von Versorgungssicherheit) zu sein und damit über die energetischen globalen Produktionsvoraussetzungen der immer noch auf Öl basierenden Ökonomien. Wer diese Kontrolle ausüben vermag, bestimmt mit über die Kosten, zu denen Arbeitskräfte weltweit ausgebeutet werden können. Eines Krieges hätte es jedoch m.E. dazu nicht bedurft, wenn in Betracht gezogen wird, wie abhängig das Baath-Regimes und alle Folgenregime bei der Ölausbeutung von internationalen Ölkonsortien ist. (M.W.n. waren die USA die größten Abnehmer des im Rahmen des „Food for Oil-Programms“ auf dem Weltmarkt veräußerten Rohöls.) Zudem wurde sich in vielen der us-amerikanischen Nachkriegsplanungen nachdrücklich gegen eine Privatisierung der Ölförderung ausgesprochen, weil die Interessen der irakischen Ölindustrie gewahrt werden sollten und Massenproteste im Falle einer Privatisierung des „nationalen Reichtums“ befürchtet wurden.

Kurz: Ich halte es da eher mit dem weltpolitischen Realisten und Befürworter einer neuen us-amerikanisch dominierten Weltordnung, Egon Bahr, der, nach den Interessen der USA gefragt, antwortete: „Ich sehe als Hauptmotiv, dass dies der Anfang ist, um diese in der Tat brisante Region nach amerikanischen Vorstellungen zu stabilisieren und zu ordnen. Dass da noch Öl ist, ist ein höchst willkommenes Nebenprodukt.“ (taz, 10.3.2003)

Ein letztes: Angesichts der Wiederaufbaukosten für den Irak von mehreren hundert Milliarden US-Dollar scheint es mir abwegig zu sein, den ebenso Milliarden Dollar teuren US-Krieg mit ein paar Millionen Dollar Gewinn für einige us-amerikanische Unternehmen erklären zu wollen, die sich ihre aktienversorgten Fürsprecher in der US-Administration halten.

Wenn weder den kurzfristigen Profitinteressen noch der langfristigen Ölversorgung in einem größeren Interessenbündel für die Kriegsentscheidung die maßgebliche Bedeutung zukommen, dann stellt sich verstärkt die Frage, welche Interessen die US-Administration mit dem Krieg verfolgt. Nachfolgend möchte ich auf einige politische Debatten und Strategiepapiere hinweisen, in denen die Blockierung kapitalistischer Entwicklung im Irak wie in der gesamten Region ebenso zur Sprache kommen wie die „gefährlichen arabischen Massen“. Damit möchte ich den Kern der strategischen Überlegungen und Analysen für diesen Krieg freilegen. Analysen übrigens, die bei den herrschenden politischen Eliten Europas auf weitgehende Übereinstimmung stoßen.

Darum beginne ich in Deutschland: Anlässlich einer Tagung der HSFK (Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung) und der FES (Friedrich Ebert Stiftung) mit dem Titel „Im Angesicht eines neuen Irak-Krieges“ am 12. Dezember 2002 hielt Heidemarie Wieczorek-Zeul das Grußwort, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 16. Dezember 2002. Sie beginnt den ersten Teil ihrer Rede („Das Irak-Problem in der kooperativen Strategie zwischen Nord und Süd“) mit der Feststellung: „Die Verhältnisse in Irak sind die wohl extremste Ausprägung blockierter Entwicklung in der arabischen Welt. ... Der Arab Human Development Report von UNDP (vom Juli 2002), der von Wissenschaftlern aus der Region und nicht von Außen verfasst wurde, beschreibt die inneren Entwicklungshemmnisse der arabischen Welt in ernüchternder Weise.“ Die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gibt den kooperativen „Konfliktlösungen“ in dieser Krisenregion den Vorrang vor den (us-amerikanischen) konfrontativen.

Inzwischen propagiert das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Transformation der Region als Entwicklungsprojekt. Man müsse, um nachhaltig für Sicherheit sorgen zu wollen, die Entwicklungsprobleme angehen, die da lauten: weltweit höchstes regionales Bevölkerungswachstum, 38% der Bevölkerung ist unter 15 Jahren, große Wasserknappheit, 65 Mio. Analphabeten (2/3 davon Frauen), nach Subsahara-Afrika das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Dazu geselle sich: weltweit geringste Freiheit, geringste Berücksichtigung der Fähigkeiten von Frauen, hohe Wissensdefizite und schwache Bildungssysteme. Und die Bundesministerin fährt fort: „Es ist gerade auch eine als auswärtige Strukturpolitik verstandene Entwicklungspolitik, die zur Transformation arabischer Gesellschaften in den Bereichen politischer Institutionen, Wirtschaft, Recht und Kultur sowie Zivilgesellschaft beiträgt.“ Und es hebt hervor, dass die deutschen politischen Stiftungen im Hinblick auf die politische Öffnung der arabisch-islamischen Gesellschaften seit langem eine Vorreiterrolle spielten. (www.bmz.de/include/cgibin/)

Das, was hier in elaborierter entwicklungspolitischer Sprache mit der Betonung auf „menschliche Entwicklung“ vorgebracht wird, muss in den europäischen Strategien der politisch-ökonomischen Erschließung des Nahen und Mittleren Ostens eingeordnet werden.

Anmerkung: Unlängst ist der zweite Arab Human Development Report des UNDP mit dem Titel „Building a Knowledge Society“ erschienen (Oktober 2003), auf den sich das BMZ bezieht. Ohne die beiden Berichte des UNDP hier vorstellen und ihre Methodik diskutieren zu können, erscheint es mir, dass diese in den europäischen Debatten vor allem als ideologisches Unterfutter für die eigeninteressierten Durchdringungsstrategien des Nahen und Mittleren Ostens fungieren. Thematisieren doch die Berichte des UNDP vor allem selbstkritisch die innerarabischen endogenen Entwicklungshemmnisse. Diese werden zudem vorgetragen von ambitionierten arabischen Intellektuellen, die ihre politischen Chancen in der „Entwicklung“ suchen.

Wir sind bei unseren Untersuchungen auf eine breite entwicklungspolitische Debatte in Deutschland gestoßen, welche die „Krisenpotentiale“ des Nahen und Mittleren Ostens untersucht. So schreibt beispielsweise Tobias Schumacher für die Konrad Adenauer Stiftung (KAS, Heft 10/02) über die sozioökonomischen Trends im Großraum zwischen Rabat (Marokko) und Damaskus (Syrien) – die Länder des südlichen Mittelmeerraums. Er kommt während der Aufmarschphase am Golf zu dem Schluss: Es müsse verhindert werden, dass aus diesen krisenhaften Entwicklungen, insbesondere das

demographische Wachstum in der gesamten Region Bedrohungskonditionen für die EU erwachsen. „Demokratische und wirtschaftliche Entwicklung lassen sich von außen (!) jedoch nur mühsam beeinflussen, wenn gleichzeitig uneingeschränkt und bedingungslos an den herrschenden autoritären Führungen ... festgehalten wird.“ Im wissenschaftlichen Gewand wird dem „regime change“ das Wort geredet.

Auf den bereits angesprochenen Arab Human Development Report 2002: „Creating Opportunities for Future Generations“ (www.undp.org/rbas/ahdr), der vom Time Magazin zur wichtigsten Publikation des Jahres 2002 gekürt und der in den Jahren 2002/2003 über eine Millionen Mal heruntergeladen wurde, bezieht sich auch die Wirtschaftswoche (49/2002) unter dem Titel: „Arabische Welt: Geistiges Ghetto“ Darin beschreibt die Wirtschaftswoche die wirtschaftliche Misere der arabischen Länder, hebt auf die „arabische Bevölkerungsexplosion“ und ihre sozioökonomischen Folgen ab, die zur Bedrohung für die europäischen Nachbarn heranreiften. In dem Artikel wird ebenfalls auf eine Studie der HypoVereinsbank zurückgegriffen („Mittlerer Osten – Geschäftspotenziale“), in der vier Szenarien für die Entwicklung des arabischen Raums ausgebreitet werden. Der Artikel schließt damit, dass das optimistischste Szenario der Studie u.a. auch auf einen regionalen Wachstumsmotor setzt: den Irak (!). Und der Artikel endet: „Doch dazu bräuchte Arabien eine demokratische Kulturrevolution. ... das ist aus heutiger Sicht kein wirklich wahrscheinliches Szenario.“ Der gewalthexkende antiarabische Extremismus der Kapitalpresse braucht an dieser Stelle nicht weiter kommentiert zu werden.

(In diesen Kontext gehören auch die strategischen Arbeiten zum Irak des regierungsnahen Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung, die bereits zu Kriegsbeginn am 3. April 2003 der Bundesregierung in einem Strategiepapier nahelegten, dass ein Scheitern der Transformation im Irak nachhaltig alle weiteren Transformationen weltweit beeinträchtigen würden. Nationale Eliten würden darin einen Anreiz sehen, sich gegen externe Auflagen zu stemmen. Die westlichen Industrieländer seien damit zum Erfolg verdammt. Mitten im Krieg empfiehlt das Papier der EU, angesichts der Gefahr, dass die „große Transformation“ scheitern könnte, sich nicht abwartend gegenüber der Irakischen Nachkriegsordnung zu verhalten, sondern sich zusammen mit den USA, UN und internationalen Organisationen aktiv für eine marktwirtschaftliche Demokratie im Irak zu bemühen. Ähnlich aggressive Vorstellungen werden vom Transatlantic Policy Network, einem Zusammenschluss von transnationalen Konzernen, Parlamentariern und europäischen wie us-amerikanischen neoliberalen think tanks in einem Ende Dezember verbreiteten Strategiepapier geäußert.)

Berichte aus deutschen und us-amerikanischen Forschungszentren bzw. think tanks, die auf die blockierte Entwicklung des arabischen Raumes und die aus diesem politischen Krisenprozess erwachsenden sozialen „Gefahrenpotentiale“ verweisen, lagen zuhauf vor, ohne dass sie die bundesrepublikanische Debatte beeinflusst hätten. Allen gemein ist, dass sie die strategische Motivation für die us-amerikanische Invasion in der gewaltsamen Auflösung dieses Krisenprozess beschreiben. Bereits am 29. Nov. 2002 vermutete Herfried Münkler in der Frankfurter Rundschau, nachdem er zuvor die vordergründigen Kriegsrechtfertigungen („Massenvernichtungswaffen“, Terrorkontakte und Öl) verworfen hatte: „...es könnte auch sein, dass die USA die notorische Entwicklungsblockade der muslimischen Welt, die sicherlich eine der wichtigsten Ursachen für die politische Instabilität der gesamten Region und deren Anfälligkeit für fundamentalistische Ideologien ist, in Irak aufzulösen versuchen, und zwar durch die Installierung eines Regimes, das unter Nutzung der natürlichen Reichtümer des

Landes ökonomische Prosperität und politische Stabilität miteinander verbindet, seinen Bürgern dadurch ein geregelter Auskommen bietet und obendrein den Angehörigen der unteren Ober- bzw. oberen Mittelschicht Zugangsmöglichkeiten zu den politischen Entscheidungszentren einräumt.“ Auf die Frage, warum ausgerechnet der Irak, verweist Münkler, inzwischen zum „Ein-Mann-Think-Tank“ und politischen Regierungsberater avanciert, auf die geographisch zentrale Lage des Irak und zudem böte sich der Irak für ein solches Entwicklungsprojekt an, weil in ihm eine säkulare Politiktradition vorhanden sei, an die westlich orientierte Regime anknüpfen könnten. Zugleich könnte das relativ gute Bildungsniveau der Bevölkerung genutzt werden. Condoleezza Rice, Bushs Sicherheitsberaterin, wird zu den US-Nachkriegsplanungen folgendermaßen zitiert: „Der Irak hat eine gut ausgebildete Bevölkerung und eine effiziente Bürokratie. Das wären die Bausteine.“ (ZEIT vom 12.12.2002) Inzwischen ist die US-Verwaltung im Irak mit massivem Widerstand aus der Bevölkerung konfrontiert bei dem Versuch, Kader aus dem alten Unterdrückungsapparat wieder in ihre Ämter einzusetzen. Aber auch die Entbaathifizierung verläuft nicht problemlos. Von welcher Verwaltungsebene an sollen die effizienten Baath-Bürokraten entfernt werden? (Siehe die Schwierigkeiten bei der Demobilisierung der irakischen Armee.)

Ein auch in Deutschland bekannter Vertreter einer „grand strategy“, eines großen strategischen Entwurfs für den Nahen und Mittleren Osten ist Ronald D. Asmus. Er arbeitet als Experte für europäische Beziehungen beim German Marshall Fund – einer der zentralen think tanks, die an einer gemeinsame us-amerikanischen und europäischen Geostrategie für den „Greater Middle East“ arbeiten, war im US-Außenministerium unter Madeleine Albright für die Umsetzung der NATO-Osterweiterung zuständig, und ist Senior Fellow des Council on Foreign Relations. In der Frankfurter Rundschau vom 20. Februar und 18. März 2003 begründet er den Krieg gegen den Irak und die beabsichtigte Umwälzung der gesamten Region (diese reicht von Nordafrika und Ägypten über Israel bis hinunter zum persischen Golf, Afghanistan und Pakistan) u.a. folgendermaßen: „Es gibt keine Region auf der Welt, die mit diesem geopolitischen Pulverfass vergleichbar wäre. Dabei ist vor allem das politische Versagen der meisten Regierungen im Mittleren Osten festzuhalten, sich den Herausforderungen der modernen und globalisierten Welt zu stellen. Während sich ein großer Teil der Welt in Richtung 21. Jahrhundert orientiert, droht eine ganze Region politisch im 14. Jahrhundert zu versinken. Dies lässt sie zu einer Gefahr für alle werden. Dieses politische Versagen hat maßgeblich dazu beigetragen extreme Ideologien und die zugehörigen Bewegungen hervorzubringen. Zwar können nicht alle Verheerungen im Mittleren Osten in direkter Weise auf den politischen, ökonomischen und sozialen Stillstand zurückgeführt werden, doch selbst dort, wo dies nicht der Fall ist, verschärft er bestehende Problem.“ Stillstand, Stagnation, Rückfall ins Mittelalter, Radikalisierungen sind weitere Schlüsselbegriffe und Metaphern, mit denen Asmus den deutschen Lesern die gewaltsame Durchdringung der „zurückgebliebenen“ Gesellschaften nahezubringen versucht. „Diejenigen von uns, die die Demokratisierung einer ganzen Region zum vorrangigen strategischen Ziel erklärt haben, diskutieren seit über einem Jahr über die Grenzen und Möglichkeiten eines solchen Vorhabens. Ein wachsende Anzahl von Experten für den Nahen und Mittleren Osten sind davon überzeugt, dass es nicht nur machbar ist, sondern auch das einzig Richtige, um die Probleme dieser Region nachhaltig zu lösen. Wenn man die Experten fragt, welches der Länder sie für eine Demokratisierung am ehesten geeignet halten, dann nennen die meisten den Irak.“

Die „bewaffneten Missionare“ (Adam Garfinkle) kapitalistischer Globalisierung beabsichtigen nicht mehr und nicht weniger als die politischen und ökonomischen

Grundlagen einer Region ungeheueren Ausmaßes (einschließlich der islamischen Bevölkerungen) umzuwälzen und neu zu ordnen. Die Demokratisierungsfloskeln gehören zum politischen Geschäft. Ist das die erhoffte „Kulturrevolution“ der oben erwähnten Kapitalpresse?

Es kommt mir in diesem ersten Schritt darauf an zu zeigen, dass in den unterschiedlichen politischen Debatten und Strategieentwürfen die Region des Nahen und Mittleren Ostens als ein ökonomisch und politisch stagnierende Region diskutiert wird. D.h.: In dieser Region ist der Zugriff auf wertschöpfende Arbeit und Absatzmärkte blockiert. Zentral in diesen Diskussionen ist u.a. die bevölkerungspolitische Entwicklung, die aufgrund der Alterstruktur eine immense soziale und politische Sprengkraft besitze, da die überkommenen Regime die Erwartungen und Ansprüche der jugendlichen Bevölkerungsmehrheiten nicht zu erfüllen vermögen (zu erinnern ist an die Brotrevolten der 80er Jahre, die Aufstände in der Kabylei). Die diversen politischen Ansätze und Interessen der herrschenden Eliten und ihrer Vordenker treffen sich in der Wahrnehmung der blockierten Entwicklung und ihre sozialen und politisch brisanten sozialen Instabilitäten. Diese herrschende Krisenwahrnehmung verbindet Sicherheits- und Geopolitik zugleich mit der Erschließung neuer ökonomischer Möglichkeiten. In der Debatte um die „Kriegsgründe“ scheint mir dieser Blickwinkel der herrschenden politischen Eliten in Europa und in den USA auf die Region des Nahen und Mittleren Ostens, vorsichtig formuliert, viel zu kurz gekommen zu sein (gegenüber den politologischen Weltherrschaftserörterungen, ökonomistischen Verkürzungen und pazifistisch-völkerrechtlichen Anklagen).

Wir halten die sozialen und politischen Blockierungen der Entwicklungsstrategien in diesem geographischen Raum, kurz: das Scheitern der „nachholenden Entwicklung“ (beispielsweise in Irak, Ägypten, Saudi Arabien) für das Kernmotiv der US-Regierung, in den Irak zu intervenieren und einen „Regimewechsel“ herbeizuführen. Diese Intervention muss als eine Moment des neoliberalen Angriffs auf die Gesellschaften des Nahen und Mittleren Ostens und kapitalistischer Krisenpolitik verstanden werden.

II. Krieg als Hardware kapitalistischer Globalisierung

a.) Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA

Die konservativen Denkfabriken, Netzwerke und Institute haben unter der Bush-Regierung massiv an Einfluss gewonnen. Ihre aggressiven Strategien und globalen Entwicklungs- und Hegemonievorstellungen (vgl. *Rebuilding America's Defense. A Report of the Project for the New American Century*, September 2000) haben sich nicht zuletzt in der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der USA vom September 2002 niedergeschlagen, die alle Weltregionen und alle Ebenen von Politik, Kultur und Wirtschaft umfasst.

Die Grundzüge der us-amerikanischen Sicherheitsdoktrin vom September 2002 wurden bereits vor Jahren ausgearbeitet. Die NSS reagiert nicht – wie in Washington behauptet – auf die Anschläge vom 11. September 2001, sondern setzt die neokonservativen Ideologien um in eine Doktrin, die eine aggressive Verbindung zwischen neoliberaler Globalisierung, sprich kapitalistischer Reorganisierung weltweiter Ausbeutung und Verwertung und den politisch-militärischen Vormachtsansprüchen der US-Eliten herstellt.

Die neue US-Sicherheitsdoktrin wurde vor allem wegen ihrer Präventivkriegsstrategie verkürzt diskutiert. Dieses Prinzip des Präventivkriegs erlaubt es der US-Regierung nach eigenen Entscheidungen und Deutungen militärisch global zu intervenieren, um vermeintliche „Gefahren“ abzuwehren. Die Doktrin spricht von Präemption, einer vorbeugenden militärischen Maßnahme, wenn nachweislich und unmittelbar ein militärischer Angriff oder militärische Bedrohung bevorsteht (antizipatorische Selbstverteidigungsmaßnahme). Die für die Weltöffentlichkeit inszenierte vorgebliche Entwaffnung des irakischen Regimes hat genau darin seinen Grund: Nämlich einen präemptiven Krieg vorzutäuschen.

In der Sicherheitsdoktrin heißt es, es gäbe nur „ein einziges haltbares Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.“ Die Priorität liegt dabei auf Freihandel nach den Regeln der WTO (World Trade Organisation). Dazu will die USA eine globale Initiative ergreifen. Weiter heißt es: „Schließlich werden die Vereinigten Staaten die Gunst der Stunde nutzen, um die Vorzüge der Freiheit in der ganzen Welt zu verbreiten. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, die Hoffnung auf Demokratie, Entwicklung, freie Märkte und freien Handel in jeden Winkel der Erde zu tragen.“ In dem in der Diskussion weniger beachteten Kapitel VI mit der Überschrift „Freie Märkte und freier Handel - Einleitung einer neuen Ära globalen Wirtschaftswachstums“ heißt es unter anderem: „Solange Nationen ihre Märkte abschotten und es nur für wenige Privilegierte Chancen gibt, wird kein Entwicklungshilfebeitrag je ausreichen. Wenn Nationen ihre Bürger respektieren und ihre Märkte öffnen, in bessere Gesundheitsfürsorge und Bildung investieren, wird jeder Dollar an Hilfe, jeder Dollar an Handelseinnahmen und Inlandskapital effektiver genutzt.“ (als Zitat von Präsident Bush vorweg gestellt). „Eine starke Weltwirtschaft, die Wohlstand und Freiheit in der restlichen Welt fördert, erhöht auch unsere nationale Sicherheit.“

Diese Formulierungen der us-amerikanischen Sicherheitsdoktrin bedeuten, dass „nicht globalisierungskompatible Gesellschaften“ zu einem nationalen Sicherheitsinteresse erhoben werden.

In die gleiche Richtung geht das Kapitel VII. „Ausweitung des Entwicklungsprozesses durch Öffnung von Gesellschaften und den Aufbau demokratischer Strukturen“. Darin heißt es: „Über Jahrzehnte hinweg geleistete Entwicklungshilfe hat in den ärmsten Ländern nicht zu einem Wirtschaftswachstum geführt. Was noch schlimmer ist, Entwicklungshilfe hat oft dazu gedient, eine zum Scheitern verurteilte Politik zu stützen, indem der Reformdruck genommen und Elend verlängert wurde. Die Resultate geleisteter Entwicklungshilfe werden üblicherweise in Dollar gemessen und nicht an den Ergebnissen, die in Form von Wachstumsraten und Armutsverringerung in den Empfängerländern erreicht wurden. Dies sind die Indikatoren einer fehlgeschlagenen Strategie. ... Das Ziel dieser Regierung ist die Freisetzung des Produktivpotenzials von Menschen in allen Nationen. Anhaltendes Wachstum und Armutsverringerung sind ohne die richtige Politik auf nationaler Ebene unmöglich. Dort, wo Regierungen tatsächliche politische Richtungsänderungen vorgenommen haben, werden wir ein deutlich größeres Engagement in der Entwicklungshilfe zeigen.“

Unter dem legitimatorischen Gewand von „Freiheit, Demokratie und Entwicklungsfortschritt“ entwirft die NSS ein Projekt weltweiter politischer und ökonomischer Umwälzung mit militärischen Mitteln und steht damit in der Kontinuität der neuen NATO-Strategie vom April 1999, die wirtschaftliche Krisen mit militärischen Interventionen verknüpft hat, und dem gescheiterten Multilateralen Abkommen für

Investitionen (MAI), das die Öffnung der Gesellschaften für ausländische Investitionen und deren Absicherung festlegen wollte.

In der BRD werden die Krisenphänomene hingegen eher aus dem entwicklungspolitischen Diskurs heraus eingekreist und analysiert. Unter dem Label „kooperativer Strategien“ wird die Region des „Greater Middle East“ ebenso angegangen.

Die USA sind im Krieg gegen den Irak nach der NSS vom September 2002 vorgegangen, um die Entwicklungsblockaden einer ganzen Region in einer militärischen Offensive aufzusprengen und für die kapitalistische Erschließung zu öffnen.

b) Die Globalisierungslücken

Eine treffliche Interpretation der nationalen us-amerikanischen Sicherheitsdoktrin liefert Thomas P. M. Barnett, Professor am U.S. Naval War College und seit September 2001 im Beraterstab von Verteidigungsminister Rumsfeld. In einem Artikel „Die neue Weltkarte des Pentagon“ (Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2003) unterstreicht er, dass der Irakkrieg einen historischen Wendepunkt markiere – den Moment, in dem Washington von der strategischen Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung tatsächlich Besitz ergreife. Barnett unterscheidet und bestimmt die Regionen der Welt danach, ob die Globalisierung tatsächlich Wurzeln geschlagen habe oder nicht. Die ersteren bestimmt er als funktionierende Kerne und die letzteren als nichtintegrierte Lücken. Nicht eingebunden zu sein in die Globalisierung bedeute Gefahr. Daher: „Je weniger ein Land an der Globalisierung teilhat, desto eher wird es eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten heraufbeschwören.“ Barnett ortet die Globalisierungslücken auf den karibischen Inseln, in fast ganz Afrika, auf dem Balkan, im Kaukasus, in Zentralasien, im nahen Osten und in großen Teilen Südwestasiens. Dementsprechend fällt seine Liste möglicher militärischer Interventionen aus.

Die nationale Sicherheitsstrategie der USA, die im Irakkrieg erstmals ihre Anwendung fand, markiert tatsächlich einen weltpolitischen Umbruch hin zu einem permanenten Krieg auf der gewaltsamen und offensiven Suche nach Wegen aus der verschärften Krise kapitalistischer Verwertung und Investition. Das erscheint mir die Schwelle zu sein, die mit dem Irakkrieg überschritten wurde. Es geht darum, die Krisenzonen der Globalisierung einerseits sicherheits- und geopolitisch einzuhegen (zu befrieden), um ein Überspringen der Konflikte und Migrationsbewegungen zu verhindern, und zugleich für die imperialistische Globalisierung zu öffnen.

III. Die gewaltsame Transformation des Nahen und Mittleren Ostens

Kehren wir noch einmal zur Region des Nahen und Mittleren Ostens zurück. (Buch) Bereits der Bericht von Brent Scowcroft, Sicherheitsberater von George Bush im ersten Irakkrieg, an den Council on Foreign Relations (Harnessing Trade for Development and Growth in the Middle East / Handel für Entwicklung und Wachstum im Nahen Osten anschnurren) gibt einen Überblick über die blockierte Entwicklung im Nahen Osten. Die Fertigstellung und Publikation dieses Berichts fällt in die erste Phase der akuten Vorbereitung des Irakkriegs (14.2.2002/Internetseite CFR). Die Einleitung beklagt, dass die ökonomische Leistung vieler Länder der Region im letzten viertel bis halben Jahrhundert enttäuschend gewesen sei, trotz des Vorteils großen Ölreichtums. Als

Gründe werden die mangelnde Bereitschaft der ökonomischen Öffnung für Investitionen, Dienstleistungen und Gütern außerhalb des Ölbereichs gesehen und die mangelnde Bereitschaft, die interventionistische Rolle des Staates in die Wirtschaft zu reduzieren. Ausdrücklich wird die „enorme Komplexität“ des Problems und die Notwendigkeit neuer ökonomischer Strategien für die Binnenwirtschaften betont, wobei hohe Zölle, Bürokratie, Korruption, Staatseigentum, vor allem an Fabriken und Banken und das Ausbleiben einer Mentalitätsänderung (Change in mentality) nur einzelne Probleme seien. Die Betonung, so die Einleitung des Berichts, müsse daher darauf liegen, die Ökonomien zu öffnen. Es ist kein Zufall, dass schon hier mit der Forderung der Öffnung das Leitthema der nationalen Sicherheitsstrategie betont wird. Im eigentlichen Bericht werden dann die einzelnen Dimensionen der notwendigen Deblockierung genannt wie z.B.: Schaffung andersartiger Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeiter, die Veränderung des Zugangs von Investitionen im Service- und Bankbereich. Gerade in diesem letzteren Bereich des Sektors wird eine besondere Bedeutung zugemessen. Hier wird eine massive Deregulierung gefordert, es komme darauf an, „... den Staat von einem bedeutenden ökonomischen Akteur zu einem Lieferanten für Dienstleistungen zwecks Schaffung eines attraktiven Investitionsklimas zu transformieren“. Der gesamte Raum soll in die Linie der von den USA favorisierten WTO-Strategien gebracht werden, und zwar auf dem Wege der von der US-Administration favorisierten Handelsvertragspolitik. Die Zusammenfassung des Berichts betont noch einmal als zentralen Kern die Transformation der Administration von einem blockierenden („obstructive“) Moment der Ökonomie in einen „aktiven Entwicklungsagenten“, und zwar auf dem Weg über die Schaffung einer neuen technokratischen Elite.

Hier stoßen wir früh auf den politisch ökonomischen Gehalt der geopolitischen Nahostoffensive als umfassenden Zugriff auf alle politischen, ökonomischen und sozialen Größen, die für die Wertschöpfungsoffensive von Bedeutung sein könnten, bis hin zu den Prozessen der Elitebildung für ein neues politisch ökonomisches Regime und der Umorientierung der „Mentalitäten“.

Der bereits oben erwähnte Ronald D. Asmus und sein Kollege Kenneth M. Pollack, Mitarbeiter am Saban Center for Middle East Policy der Brookings Institution in Washington, haben einen Schlüsseltext für das Verständnis des Irakkrieges verfasst. Der Titel lautet harmlos: Transformation des Mittleren Ostens (Das neue transatlantische Projekt). Nach einem Aufriss der bekannten Bedrohungsanalyse durch die neuen Formen des „Terrorismus“ fordern sie dazu auf, in die Offensive zu gehen, um die dem Terrorismus zu Grunde liegenden Ursachen und nicht nur die Symptome zu behandeln. Eine solche Strategie benötige auch eine militärische Komponente. Der gesamte Nahe Osten leide unter einer „Krise der Regierbarkeit“, die mit der Unfähigkeit der Staaten einhergehe, die Herausforderungen der Moderne und der Globalisierung zu bewältigen. Für Asmus und Pollack handelt es sich bei der Transformation des Mittleren Ostens um ein strategisches Projekt, das nicht Jahre sondern Jahrzehnte braucht. Die Transformation des „Greater Middle East“ als Entwicklungsprojekt werde zwangsläufig Elemente der Demokratisierung, der Marktwirtschaft und der Rechtsstaatlichkeit (...) beinhalten. Sie sehen die Differenzen mit Europa zumeist in taktischen Aspekten als in Strategiekontroversen. Es gehe nicht um die Ziele sondern um die Mittel, mit denen man sie erreicht. Asmus und Pollack werben nur wenige Monate (Sept./Okt. 2002) vor Kriegsbeginn für eine gemeinsame, europäische und us-amerikanische Offensive im Nahen Osten.

Für Asmus und Pollack scheint festzustehen, dass der Irakkrieg erst der Auftakt einer

lang anhaltenden und auch gewaltsamen Offensive zur Umwälzung der Lebensbedingungen von Millionen von Menschen im Nahen und Mittleren Osten ist (Asmus hat das den „bewaffneten Fortschritt“ genannt). Eine Region wird kriegerisch unter Schock, unter Stress gesetzt, um die Unregierbarkeit und Blockaden aufzusprennen und um ökonomische Anknüpfungspunkte freizulegen. Auch wenn die US-Besatzungspolitik gegenwärtig mit immensen Schwierigkeiten und Widerständen zu kämpfen hat, ist es nicht angezeigt, bereits von einem Scheitern dieser Strategie zu sprechen. Die Dimension der gewaltsamen Umwälzung und ökonomischen Erschließung einer Großregion ist ungeheuerlich und nicht in wenigen Monaten zu gestalten. Der Irak soll auch demonstrativ, sowohl in seiner militärischen Besatzung als auch in seiner kapitalistischen Umgestaltung, auf die Nachbarstaaten wirken. Mit dem Gesetz zur Regelung der Auslandsinvestitionen, das US-Verwalter Paul Bremer erlassen hat, ist ein Anfang getan, die irakische Wirtschaft für internationale Konzerne zu öffnen. Ein Gesetz, das die irakische Ökonomie zu einer für Handel und Kapitalflüsse offensten und steuergünstigsten der Welt macht. Und der irakische Planungsminister Hafidh unterstreicht seine Bitte um die zugesagte internationale Hilfe für die nächsten 12 Monate von 4,2 Mrd. Dollar mit einer Werbung für den Wirtschaftsstandort Irak: „Wir haben hart gearbeitet, um das Investitionsklima zu verbessern und eine Atmosphäre zu schaffen, in denen Unternehmen aufblühen können. Wir haben inzwischen eines der liberalsten Handelssysteme weltweit.“ Diese liberalste Ökonomie ist ein gewiss grausiges Experiment in einem kriegsverwüsteten Land und einer Bevölkerung auf Elendsniveau.

IV. Militarisierte Weltinnenpolitik

Ich will kurz die im Dezember 2003 verabschiedete und von Solana entworfene europäische Sicherheitsstrategie skizzieren: In dieser allseits gelobten Strategie ist viel Europa-, Friedens- und multilaterale Präventionslyrik enthalten. Daneben aber auch harte Fakten: Die Ausdehnung des Sicherheitsgürtels auf die europäischen Nachbarregionen; die Stärkung der Weltordnung mit seinen finanz- und handelspolitischen Institutionen, sprich WTO und IWF; und die Einsicht, dass angesichts der neuen Bedrohungen die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen werde. Mit wenigen Worten: Die europäische Sicherheitsdoktrin passt sich der amerikanischen an und treibt die Militarisierung europäischer Politik mit besonderem Augenmerk auf die Staaten des Nahen- und Mittleren Ostens als sicherheitsrelevante Region voran. Außenminister Fischer: „Diese Region ist Teil der europäischen Sicherheit im 21. Jahrhundert.“ Es sind die Schütterzonen der Globalisierung, die Stagnations- und Depressionzonen der Globalisierung, die zum globalen Sicherheitsproblem erklärt werden. Es geht jetzt darum, die wirtschaftlich Globalisierung, in den Worten Fischers, politisch zu gestalten. Sicherheit meint in diesem Kontext immer Sicherheit der Kapitalakkumulation und der Verwertung.

Ich habe mein Abschlussabschnitt „Weltinnenpolitik“ genannt, weil ich überzeugt bin, dass die europäische Politik sich an der Offensive zur kapitalistischen Durchdringung des Nahen und Mittleren Ostens beteiligen wird (in verschiedenen Formen - wie dem Barcelona-Prozess - ist sie schon heute daran beteiligt). Auf dem Weltwirtschaftsforum in Schuneh bei Amman im Juni vergangenen Jahres hat der US-Handelsbeauftragte Robert Zoellick für die Region ein Netz von bilateralen Freihandelsverträgen vorgeschlagen und den Staaten der Region Unterstützung bei der Aufnahme in die WTO zugesagt. Die EU nahm, so das Handelsblatt vom 24.6.2003, die amerikanische Initiative, die Bush als Teil seiner neuen Nahost-Politik begreift, mit Enthusiasmus auf. EU-Außenhandelskommissar Pascal Lamy erkenne darin kein Konkurrenzmodell. „Hier

handelt es sich um einen Wettlauf. Freihandelsverträge sind nützlich für die Region“, zitiert das Handelsblatt Lamy. Dieser verweist darauf, dass auch die EU innerhalb dieses Jahrzehnts die euro-mediterrane Freihandelszone vollenden wolle. Priorität habe allerdings die schleppend verlaufende Doha-Runde zur Liberalisierung des Welthandels.

Zum Abschluss ein aktuelles Zitat von Asmus und Pollack aus der ZEIT (4.9.2003): Asmus und Pollack sehen inzwischen die von den neokonservativen betriebene Strategie in Irak als gescheitert an. In diesem Artikel legen sie dem deutschen Publikum nahe, zwischen den radikalen Ideen und Visionen der Neokonservativen und denen der Neoliberalen zu unterscheiden: „Die Neokonservativen betrachten einamerikanisches Imperium und die Vorherrschaft Amerikas als legitimes Ziel. Traditionelle Allianzen sind ihnen lästig, sie bevorzugen Ad-hoc-Koalitionen oder den Alleingang. Macht macht Recht, und internationale Normen und Verträge gelten nur für die Bösen, nicht für Amerika. Die Neoliberalen hingegen glauben an Führung durch Überzeugung. Sie sind Anhänger starker multilateraler Allianzen. Die Umgestaltung des Nahen und Mittleren Ostens verlangt Jahrzehnte politischer, wirtschaftlicher und strategischer Zusammenarbeit. ... Was bedeutet das für Europa? Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Ansatzes für den Nahen und Mittleren Osten ist einer der wichtigsten Herausforderungen auf der transatlantischen Agenda. In Amerika geht es immer weniger darum, *ob* die Region umstrukturiert werden muss, sondern zunehmend darum, *wie* das geschehen soll. Die Europäer sollten diese amerikanische Diskussion begrüßen und sich an ihr beteiligen. ... Bedauerlicherweise sind viele europäische Regierungen ihrer eigenen Variante der Realpolitik verhaftet – ein Ansatz, den Washington in diesen Wochen hinter sich lässt. Es gibt jedoch wichtige Ausnahmen. So propagiert der deutsche Außenminister Joschka Fischer seit langem eine breit angelegte Strategie für den Nahen Osten. Bei seinem letzten Besuch in Washington rief er zu einer neuen Debatte über einen gemeinsamen amerikanisch-europäischen Ansatz auf. Diesen Ruf sollten wir aufgreifen – diesseits und jenseits des Atlantiks.

... Die neoliberale Vision bietet jenen europäischen Politikern eine Alternative, die um die Notwendigkeit der Demokratisierung des Nahen Ostens wissen, aber zugleich nicht wollen, das Gewalt der einzige Weg dorthin ist.“

Das sind die Offerten des „liberalen Amerikas“ an die „Europäer“ für die Zeit nach dem „Regime change“ in den USA. Wen wundert's noch, dass Fischer auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im Februar diesen Jahres eine transatlantische Initiative für den Nahen und Mittleren Osten vorschlägt. „Diese Überlegungen zu einer neuen transatlantischen Initiative beruhen auf der Überzeugung, dass die Modernisierung des weiteren Nahen Ostens entscheidend sein wird für unsere Sicherheit im 21. Jahrhundert. Die Teilhabe der Menschen im Nahen und Mittleren Osten an den Errungenschaften der Globalisierung entspricht deshalb unserem ureigensten Interesse.“ Trotz Konkurrenz verbindet USA und EU das gemeinsame Objekt ihrer strategischen Überlegungen: Die „zurückgebliebenen“ Bevölkerungen des Nahen und Mittleren Ostens für die Segnungen der „freien Welt“ und des „freien Marktes“ zuzurichten. Vieles spricht dafür, dass wir es mit einem imperialistischen Kollektivprojekt zu tun bekommen werden, in dem es durchaus kooperativ und konfliktlos zugehen kann.

Was folgt daraus?

Einige Überlegungen

1. Wir sollten unsere Wahrnehmung für Protest, Widerstand und Revolten in der Region schärfen. Proteste und Militanz werden sich weiter gegen die Gewalttätigkeit militärisch aufgeherrschter Modernisierung im kapitalistischen Verwertungsinteresse entfalten. Vielleicht gibt es Bezüge zu den Sozialprotesten hier. Denn im kapitalistischen Weltinnenraum (Globalisierung) gehören die kapitalistischen Zurichtungen im Sozialabbau und der kriegerische Zugriff auf den Nahen Osten und seine Bevölkerungen zusammen. Sie sind zwei Seiten der Medaille imperialistischer Globalisierung,
2. Europa ist keine Alternative. Einer (belli)pazifistischen Suche nach Europa als hegemonialer Gegenmacht sollten wir uns verweigern und dem Projekt unseren Widerstand entgegensetzen (Habermas-Derrida-Initiative, die Geburt einer europäischen Zivilgesellschaft).
3. Die theoretische Entkopplung von kapitalistischer Krise und Krieg schafft erst die Illusion von „einhegbaren oder friedlich lösbaren Konflikten“. Dem steht die generelle Aggressivität des globalisierten kapitalistischen Verwertungsinteresses entgegen, wie es in den us-amerikanischen Krisenstrategien, aber auch in den kapitalistischen Entwicklungsvorstellungen der Europäer zu Sprache kommt.
4. Auch wenn unsere These nicht stimmen sollte, dass mit dem Irakkrieg eine neue gewaltsame Offensive gegen die globalisierungsincompatiblen, die kapitalistisch nichtintegrierten Bevölkerungen auf Dauer gestellt wird, so liegt es doch auf der Hand, dass die Friedens- und globalisierungskritischen Bewegungen (bewusst im Plural) sich stärker aufeinander beziehen müssen. Denn der Irakkrieg ist der aggressive Versuch, Auswege aus der Verwertungskrise des globalisierten Kapitals zu finden. Er ist nur eine Facette imperialistischer Globalisierung, der nach innen und außen gerichteten Expansion.
5. Emanzipation lässt sich nur noch in internationalistischer Perspektive vorstellen. Damit sind allen „nationalen“ sozialimperialistischen Projekten der Weg verstellt.

Göttingen, 15. März 2004